

„Arbeit und Nicht-Arbeit“

51. Konferenz der ITH (Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen), Berlin, 17. bis 19. September 2015

Die diesjährige ITH-Konferenz fand erstmals nicht in Linz, sondern in Berlin statt. Damit verbunden waren auch weitere Neuerungen. So dienten die Räumlichkeiten des Wissenschaftszentrums Berlin am Reichpietschufer als Tagungsort. Vor allem aber war das an der Humboldt-Universität angesiedelte Internationale Geisteswissenschaftliche Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“, kurz re:work, in die inhaltliche Konzeptionierung eingebunden. 22 Vorträge wurden gehalten, gut 60 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nahmen teil. Wie seit der Konferenz 2013 üblich, wird ein Tagungsband im Brill-Verlag (Leiden/NL) erscheinen.

Im Anschluss an die zwei Konferenzen der letzten Jahre wurde erneut das Thema Arbeit in den Fokus gerückt. Nach Hausarbeit und Zwangsarbeit war nun Nicht-Arbeit der übergreifende Aspekt. Dabei ging es insbesondere um das Verhältnis von Arbeit und Nicht-Arbeit und um die vielfältigen Grauzonen zwischen beiden. Es liegt auf der Hand, dass solche Setzungen immer auch vor ihrem gesellschaftlichen und politischen Hintergrund gesehen werden müssen. Dementsprechend nahmen diese Fragen breiten Raum in den Präsentationen und Diskussionen ein.

Schon im Einführungsvortrag von *Ilse Lenz* (Ruhr Universität Bochum) wurde auf die globalen Unterschiede dezidiert hingewiesen und festgestellt, dass es eben keinen Trend zu einheitlicher Lohnarbeit gebe. Ebenso wenig, wie man von „dem“ Kapitalismus sprechen könne. Sinnvoller sei es, den Kapitalismus als regional unterschiedlich ausgeprägt zu verstehen. Das öffnet Raum für die Einbeziehung vielfältiger kultureller und regulatorischer Ausformungen von Arbeit.

Jürgen Kocka (Humboldt Universität Berlin) wies am Beispiel der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit von 1840 bis 1870 nach, dass in dieser Formierungsphase ganz unterschiedliche Interpretationen von Arbeit miteinander konkurrierten: Arbeit als Last, als Selbstverwirklichung oder als Broterwerb. Dieser Diskurs war keineswegs nur ein rein akademischer, sondern hatte auch politische Implikationen. Insbesondere in Bezug auf die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen von den Organisationen der Arbeiterbewegung angesprochen werden sollten, nur die Lohnarbeiter oder auch Vertreter der Mittelschichten wie selbstständige Handwerker oder „Kopfarbeiter“.

Für tschechische Kindermädchen zeigte *Adela Souralova* (Masaryk Universität Brno) in ihrer an aktuellen Entwicklungen orientierten Fallstudie auf, dass bei dieser stark emotional geprägten und außerordentlich schlecht bezahlten Arbeit die Frage des Lohns in den Hintergrund treten kann. In *Alissa Klots* (Rutgers Universität New Brunswick) Beitrag zur Rolle der weiblichen Haus-

angestellten in der frühen Sowjetunion wurde umgekehrt die Perspektive des Staats und der Gewerkschaftsführungen untersucht: Mit welchen organisatorischen und ideologischen Mitteln haben diese die Hausangestellten in die Arbeiterklasse integrieren wollen? *Lea Renard* und *Theresa Wobbe* (beide Universität Potsdam) behandelten die Erfassung von Familienarbeit in offiziellen Beschäftigungsstatistiken. Dabei zeigte sich, dass Familienarbeit wechselnden Kategorisierungen unterworfen war und teilweise überhaupt nicht als Arbeit im engeren Sinn gewertet wurde.

Eine weitere unscharfe Trennlinie zwischen Arbeit und Nichtarbeit besteht in der Sexarbeit, wie *Stefano Petrunaro* (IOS Regensburg) für das Jugoslawien der Zwischenkriegszeit nachwies. Die Behörden taten sich schwer, diesen Bereich einer staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Letztlich war die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben oft von Willkür geprägt und offen für Interpretationen durch die handelnden Akteure. In Bezug auf die arbeitsrechtliche Disziplinierung von österreichischen Beamten zeigte *Therese Garstner* (Universität Wien), gestützt auf einschlägige Akten und Autobiografien, dass die weit verbreiteten Klischees über deren Faulheit einer empirischen Überprüfung nur sehr bedingt standhalten. Vielmehr waren es die verwaltungsspezifischen Arbeitsabläufe und das privilegierte Dienstverhältnis, die solchen Außenwahrnehmungen Vorschub leisteten. *Ivan Rajkovic* (University College London) untersuchte das Verhalten von Arbeitern des serbischen Autoproduzenten Zastava in den 90er und 00er Jahren. Dabei machte er auf den Wandel in der Selbstwahrnehmung aufmerksam, der mit diesen Krisenjahren einherging. Letztlich handelte es sich bei ihrer Tätigkeit eher um simulierte Arbeit, die lediglich durch massive staatliche Subventionen möglich gemacht und die kaum noch als sinnstiftend verstanden wurde. Viele Beiträge zeigten deutlich, wie wichtig im Verhältnis von Arbeit und Nichtarbeit das staatliche Handeln und die damit verbundenen Wertungen sind.

Ein ganzes Panel war dem Thema gewidmet, wie Sinti und Roma Arbeit begreifen und wie sie – auch hier ist die Rolle des Staates zentral – zu einer „richtigen“ Arbeitseinstellung erzogen werden. Die Vorträge waren eher auf aktuellere Verhältnisse ausgerichtet. *Elisabeth Tauber* (Freie Universität Bozen) diskutierte die distanzierte Haltung von Sinti zur westlichen Arbeitsethik ebenso wie die Arbeitsteilung in den Familien. Interessant dabei war, dass die unterschiedlichen Geschlechterrollen – Frauen betteln, während Männer mit Schrott handeln – keineswegs mit einer Hierarchisierung einhergehen. Dass auch Betteln als Arbeit verstanden werden kann, unterstrich *Catalina Tesar* (Bukarest) in ihrem Vortrag. Während die Mehrheitsgesellschaft Betteln als Bitte um Wohltätigkeit versteht, stellt es für die Roma eine Arbeit dar. Diese erfordert zudem spezifisches Fachwissen, so etwa bezüglich der richtigen Kommunikation mit Spendern, der Kleidung und Ortswahl. *Jan Grill* (Universität Manchester) thematisierte Aktivierungsprogramme des slowakischen Staats, mit denen primär Roma zu einer „richtigen“ Arbeitseinstellung und Verantwortungsbewusstsein erzogen werden sollen. Während die Haltung der Behörden zwischen Nachsicht und rassistischen Vorbehalten changiert, ent-

wickeln die Betroffenen eine ganze Reihe von Gegenstrategien. Damit gelingt es ihnen oft, einerseits die Vorgaben der Programme pro forma zu erfüllen und andererseits den dafür notwendigen Aufwand gering zu halten.

Insgesamt hätte man sich gewünscht, dass im Rahmen der Konferenz solche und weitere Praktiken des Widerstands gegen vorherrschende Arbeitsregimes stärker behandelt worden wären. Denn wenn – wie in den Beiträgen mehrfach betont wurde – die Rolle des Staates und der gesellschaftliche Kontext ganz zentral ist für das Thema Arbeit und Nicht-Arbeit, dann liegt es eigentlich nahe, auch nach politischen Interventionen zu fragen. Und dieser Aspekt wäre in einem sehr weitgefassten Sinn zu behandeln: Von Formen des „Eigensinns“ (*Alf Lüdtke*) bis hin zu sozialen Bewegungen und der Rolle von Gewerkschaften. Gerade letztere blieben auffallend unterbelichtet, obwohl ihre Bedeutung in Regulation und Definition von Arbeit, Nicht-Arbeit und deren Grauzonen unbestreitbar ist.

Axel Weipert

100 Jahre Zimmerwalder Linke

Berlin, 4. Oktober 2015, Haus der Demokratie

Seit Jahren ist stabil eine übergroße Mehrheit der hiesigen Bevölkerung gegen Kriegseinsätze unter deutscher Beteiligung. Doch diese Meinungsmehrheit hält nicht die Straßen und Plätze besetzt, in den Mainstream-Medien findet sie so gut wie nicht statt und von ihr unbehelligt beteiligt sich die Bundeswehr an kriegerischen Auseinandersetzungen, die NATO dehnt sich bis an die Grenzen Russlands aus. Derweil rückt der globale Krieg von den Rändern Europas immer näher; in Form der Flüchtlinge – 80 Prozent fliehen vor Krieg – ist er hier schon angekommen. Mit dieser Zustandsbeschreibung können sich Sozialistinnen und Sozialisten nicht abfinden. Aus diesem Grund hatten linke Friedensaktive, auch aus der Partei DIE LINKE, für den 4. Oktober d.J. ins Berliner Haus der Demokratie eingeladen zur Konferenz „100 Jahre Zimmerwalder Konferenz: Linke und die Friedensfrage. Imperialismus heute – Differenzen verstehen – Spaltungen überwinden“. Der Bezug auf die Zimmerwalder Konferenz (September 1915) lag nicht nur wegen des Jubiläums nahe, sondern auch inhaltlich, bildeten doch dort nach dem Burgfrieden der SPD mit dem Militarismus zunächst nur 28 aufrechte Sozialistinnen und Sozialisten die erste Opposition gegen den imperialistischen Krieg, die bald ganz Europa erfassen und umwälzen sollte.

Mit dieser, auch ihrer, Geschichte setzten sich die gut 120 Konferenzteilnehmer zunächst in zwei thematischen Plenums-Blöcken auseinander. Im ersten stellte *Prof. Kurt Pätzold* (Berlin), ausgehend von den aus seiner Sicht drei großen Siegen des Imperialismus im vergangenen Jahrhundert: 1918, 1945 und 1990/91, Bezüge von Zimmerwald zum Friedenskampf heute her. Im zweiten reflektierte *Dr. Erhard Crome* (Berlin) den Imperialismus heute und

setzte sich polemisch mit der Dogmatisierung von Lenins Imperialismus-Theorie auseinander. Kommentare von *Reiner Zilkenat* (Berlin), *Sabine Kebir* (Berlin) und *Volker KÜlow* (Leipzig) vertieften die Themen.

In vier Arbeitsgruppen analysierten die Teilnehmenden, nach kenntnisreichen diskussionsfreudigen Einleitungen, die aktuellen Kräfte des Krieges und des Friedens. Es bestand ein großes Bedürfnis z.B. die Kontroversen in der Friedensbewegung zu verstehen oder sich mit dem Unfrieden auseinanderzusetzen, den die EU stiftet, den Zusammenhang von Krieg und Flucht zu ergründen oder dem untrennbaren, aber nicht immer störungsfreien Verhältnis von Frieden und Antifaschismus nachzugehen. Und überall wurde beraten: Was folgt daraus? Dass die Arbeitsgruppe *Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Frieden: Wo liegen die Probleme* mangels Masse ausfiel, unterstreicht nur, dass es in dieser Dreiecksbeziehung wirklich Probleme gibt, die einer gründlichen Bearbeitung bedürfen.

Bewusst hatte der Kreis der Einladenden darauf verzichtet, Parteien oder Repräsentierende von Organisationen um Beiträge zu bitten. Sie wollten vielmehr egalitär Linke, die theoretisch, strategisch und praktisch daran mitarbeiten wollen, Defizite und Probleme im Verhältnis zur Friedensfrage zu beheben, Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Denkweisen, eher marxistisch orientiert, im Dialog zusammenführen. Das Konzept ist aufgegangen: Keine aufgeregten Auseinandersetzungen im Talkshow-Format, sondern wohltuend nachdenkliche, intensive und streitbare Diskussionen.

Dabei konnte es auch hoch her gehen, etwa in der Abschlussrunde „100 Jahre nach Zimmerwald: Welche Friedensbewegung brauchen wir?“ Hier brachen die Konflikte im Verhältnis zu den *Montagsmahnwachen* und dem *Friedenswinter* wieder auf. *Tobias Pflüger*, stellvertretender Parteivorsitzender der LINKEN, sprach sich dafür aus, mit der Friedensbewegung so, wie sie war, weiterzumachen, ohne Zusammenarbeit mit den „Grenzgängern“ aus dem Kreis der Montagsmahnwachen, die „nach rechts schielen“, Krach in jeder Friedensinitiative verursachten und die Friedensbewegung gelähmt hätten. Vor allem den „Grenzgängern“ widersprach *Reiner Braun*, Geschäftsführer der IALANA, heftig: „Nazis sind nicht gegen Krieg“. Er plädierte für eine Nichtausgrenzung der Überbleibsel der Montagsmahnwachen, eine Wertschätzung für jene Teile der Friedensbewegung, die seit Jahrzehnten Mut bewiesen und hohe Kompetenz erworben hätten, beide Seiten sollten die Zusammenarbeit suchen, ohne sich gegenseitig zu überfordern. *Pedram Shayar*, von attac kommender Aktivist der Montagsmahnwachen und des Friedenswinters, warb für eine „Neukonstituierung der Friedensbewegung“ aus den „humanistischen Teilen“ der Montagsmahnwachen und der „alten Friedensbewegung“, die er zugleich scharf kritisierte: Als sich in der Ukraine-Frage Angst vor einem Krieg mit Russland breit machte, sei sie nicht präsent gewesen, sie hätte die große Verunsicherung in der Bevölkerung nicht erfasst und stattdessen die Montagsmahnwachen bekämpft. Die Unterscheidung in „alte“ und „neue“ Friedensbewegung, wobei die alte „nichts zustande“ brächte,

wollte *Wolfgang Gehrcke*, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, so nicht stehen lassen. Man könne sich keine Friedensbewegung aussuchen oder neu konstituieren, man müsse die nehmen, die da ist, und in ihr lernen, sich gegenseitig auszuhalten und miteinander ins Gespräch und in die Aktion zu kommen. Eine linke Parlamentsfraktion sei dabei hilfreich und nützlich. Er strebe an, dass die LINKEN-Bundestagsfraktion einen Antrag zur Auflösung der NATO oder zum Austritt aus der NATO einbringe; der ginge an das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland und berühre zugleich Spekulationen über eine nahe Regierungsbeteiligung der LINKEN im Bund.

Diese Diskussion, wie auch die anderen, verlangt nach einer Fortsetzung.

Die Vorträge, Referate, Kommentare werden fortlaufend veröffentlicht unter www.wolfgang-gehrcke.de/zimmerwald-frieden.

Christiane Reymann

Was ist ‚links‘ heute?

Tagung von „Widerspruch“ und Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern, München, 10. Oktober 2015

Der Begriff „links“ ist für viele das zentrale sprachliche Mittel, sich der eigenen politischen Identität zu versichern und sich von der Rechten abzugrenzen. Doch wird es immer schwerer zu explizieren, was „links“ eigentlich heißt, was vor allem am Zerfall des klassischen politischen Milieus der Linken, der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, liegt. Die Fragmente des Zerfalls reklamieren zwar weiterhin für sich, links zu sein, stehen aber in zum Teil äußerst polemischen Gegensätzen. Zusätzliche Unklarheit schaffen die sich derzeit vermehrenden Querfront-Vorwürfe an Linke, die eigentlich rechts seien.

Um den Begriff „links“ unter den Gegenwartsbedingungen zu reformulieren, lud die Münchner Philosophiezeitschrift „Widerspruch“ (hrsg. von der Gesell. für dialektische Philosophie) in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern am 11.10.2015 zur „Arbeit am Begriff“ in die Münchner Seidlvilla ein. An der Tagung nahmen etwa 50 Gäste teil.

Zunächst sprach *Max Brym* vom Sozialistischen Forum München, der einzige „Praktiker“ unter den Referenten. Angesichts der herrschenden Mentalität der Alternativlosigkeit forderte er von der heutigen Linken, sich nicht vom Marx-schen Kategorischen Imperativ zu verabschieden, also die Verhältnisse weiterhin radikal infragezustellen. Dafür sei es aber zentral, das Phänomen der abstrakten Planung, das nach der Oktoberrevolution zur sowjetischen Bürokratie geführte habe, auszuschalten. Gleichzeitig müsse man, statt sich auf partikuläre Kämpfe (wie z. B. seitens des Feminismus) zu beschränken, auf einer „Gesamtschau des Antikapitalismus“ beharren. Brym schloss mit dem Satz: „Linke Politik muss von einer marxistischen Methodik ausgehen.“

Die Diskussion machte geltend, dass die Sowjetunion systemimmanente Fehler hatte. So wurde vorgebracht, dass die Eigentumsfrage nicht durch das Staatseigentum zu lösen sei, und von anderer Seite, dass die Sowjetunion die Warenform beibehalten und lediglich versucht habe, diese zu organisieren.

An zweiter Stelle trugen *Norbert Trenkle* und *Ernst Lohoff* von der Gruppe *krisis* vor. Ihnen zufolge muss man für die Tagungsfrage von der ökonomischen Gesamtsituation ausgehen: Seit etwa den 1970er Jahren sei das fiktive Kapital zur Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung und damit die Reichtumsproduktion abhängig von den Finanzmärkten geworden. Während dadurch die Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen enorm geschrumpft sei, machten sich soziale Kämpfe heute sehr stark an wertpapieraffinen Sektoren wie Immobilien und Rohstoffen fest. Weil für Umverteilungskämpfe heute die materiellen Grundlagen fehlten, ginge die Linke gegenwärtig vor allem zwei Wege: Einerseits spiele sie – wie Syriza – eine ideologische Begleitmusik für die Krisenverwaltung. Andererseits befürworte sie eine Rückkehr zur nationalen Souveränität: Diese Position nehme die Syriza-Abspaltung „Volkseinheit“ ein. Beide Wege stellen aber nach Trenkle und Lohoff eine Illusion dar. Die Grundfrage der Linken müsse heute vielmehr sein, wie die Aneignung von Reichtum unabhängig von der Warenform gestaltet werden könne. Eine Alternative für Syriza wäre es gewesen, die Ansätze zur gesellschaftlichen Selbstorganisation durch rechtliche Rahmenbedingungen zu stärken. Am Schluss formulierten die Referenten: „Links sein heute heißt, die emanzipative Abwicklung des Kapitalismus zu erkämpfen.“

Vor allem *Karl Reitter* übte daran scharfe Kritik. Entscheidend sei für den Neoliberalismus nicht das fiktive Kapital, sondern die absolute Mehrwertproduktion. Die gefährliche politische Konsequenz des *krisis*-Ansatzes sei eine Aussteigermentalität.

Frieder Otto Wolf, Herausgeber der deutschen Althusser-Gesamtausgabe, nahm in seinem Vortrag in Anspruch, als „radikaler Philosoph“ abstrakt und zugleich sehr konkret zu argumentieren, kam damit jedoch über recht vage Aussagen nicht hinaus. Wolf zufolge befinden wir uns heute nicht in der Postmoderne, sondern immer noch in der Moderne, und wir sehen uns mit einer irreduziblen Pluralität großer Krisen – in Ökologie, Ökonomie, Staatspolitik, Alltagskultur – konfrontiert. „Links“ bestimmte Wolf als Kampf um Befreiung von konkreten Herrschaftsverhältnissen, wobei dieser Kampf stets in seiner Pluralität zu fassen sei. Als wesentlichen Vorschlag für die Praxis nannte Wolf, Zeiträume und Deliberationsräume zu schaffen.

Mehrfach wurde gegen Wolf eingewandt, dass seine Definition von „links“ gerade dem Projekt des Liberalismus entspreche. Als alternative Konzepte wurden soziale Gerechtigkeit sowie die Emanzipation von Entfremdung vorgeschlagen.

Karl Reitter, Redakteur der Zeitschrift *Grundrisse*, führte in seinem Referat die These „links sein heißt Formkritik“ aus und argumentierte dabei eng entlang Marxscher Texte. Formkritik richte sich in einer Doppelperspektive im-

mer zugleich an soziale Herrschaft und politische Herrschaft. Sie müsse aufzeigen, dass es notwendig sei, die herrschenden Formen zu überwinden, aber auch, wo der Ansatz zu ihrer Überwindung innerhalb dieser Formen sei. Die zentrale Form der sozialen Herrschaft sei die Lohnarbeit, die von der Ware an sich deutlich zu scheiden sei. Weil die Versuche der Abschaffung der Ware an sich gescheitert seien, gelte es heute, zunächst an den Warenmärkten festzuhalten und nur die Lohnarbeit abzuschaffen. Der Hebel hierfür sei das bedingungslose Grundeinkommen. Hinsichtlich der politischen Herrschaft führte Reitter aus, dass gegen die zentrale Staatlichkeit zu kämpfen und diese durch ein Netz von Kommunen zu ersetzen sei. Gleichwohl dürfe die Linke nicht hinter die Errungenschaften des modernen Rechts zurückfallen und müsse ihr negatives Verhältnis zur Frage der Verrechtlichung diskutieren.

In der Diskussion wurde an Reiters Plädoyer zum Grundeinkommen kritisiert, dass mit dem geldförmigen Grundeinkommen nicht die widersprüchlichen Beziehungen der Menschen überwunden seien. Außerdem hieß es, dass die Frage des Privateigentums an den Produktionsmitteln zentraler als die Lohnarbeit sei, denn der Zwang zur Lohnarbeit herrsche nur unter dieser Voraussetzung.

Die anvisierte „Arbeit am Begriff“ wurde von der Tagung also nicht eingelöst. Alle Referenten gingen von ihrer positiven linken Identität aus und arbeiteten die aus ihrer Sicht heute notwendige und in diesem jeweiligen Sinn linke Politik heraus. Problematisch war dieses Vorgehen, weil alle Referenten das Linkssein stets für sich in Anspruch nahmen, zugleich aber mit dem Marxismus identifizierten. Damit wären etwa postmoderne oder sozialdemokratische Linke gerade nicht links.

Die Tagung bot gleichwohl eine intensive Diskussion über Ziele und Strategien emanzipatorischer Politik. Leider musste die Tagungsleitung im Raum stehende Kontroversen aus Zeitgründen immer wieder abbrechen. Nicht einmal angedeutet wurde jedoch eine eigentlich einschlägige Kontroverse zum Thema: Die Unterscheidung von links und rechts, die in der Französischen Revolution entstand, bezog sich immer auf Kräfteverhältnisse der bürgerlichen Demokratie. Marx und Engels verwenden die Unterscheidung „zunächst nicht in Bezug auf Proletariat und Bourgeoisie [...], sondern in Bezug auf das Parlament.“ (Wolfgang Fritz Haug, in: „links/rechts“, HKWM 8/II, S. 1155) Die Diskussion über die Kritik des Linksseins hätte auf eine marxistische Tagung zum Begriff „links“ gehört.

Schriftfassungen der Vorträge erscheinen in der nächsten Ausgabe des „Widerspruch“.

Emanuel Kapfinger